

N.F.  
6  
56

## Industrie und Sozialpolitik.

Von Nationalrat C. Sulzer-Schmid,  
Winterthur.

### III.

#### Die Gewinnbeteiligung der Arbeiterschaft.

Eine Frage, die besonders in der letzten Zeit unter den Problemen der Arbeit ebenfalls in den Vordergrund der Diskussion trat, ist die direkte Beteiligung des Arbeiters am Gewinn der Unternehmung, in der er arbeitet. Es ist zeitgemäß, daß über dieses Thema gesprochen wird. Gewöhnlich denkt man sich diese Gewinnbeteiligung so, daß vom Reinertrag einer Unternehmung zunächst dem Kapital eine normale Verzinsung zugewiesen wird, während der Ueberschuss zwischen Kapital und Arbeit verteilt wird.

Ich schicke voraus, daß die Industrie an diese Frage, wie an jede andere, ohne jede Voreingenommenheit herantritt. Wir müssen sie objektiv prüfen. Eine Lösung, welche die Entlohnung des Arbeiters in einem gewissen Grade abhängig macht vom Gang der Unternehmung, erscheint als Regulator vom Standpunkt des Industriellen aus im Grunde nur erwünscht. Ich darf beifügen, daß diese Frage schon vielfach erörtert und geprüft, daß sie auch vielfach praktisch erprobt worden ist, und zwar in verschiedenen Ländern und unter verschiedenen Verhältnissen, und daß darüber eine beträchtliche Literatur vorliegt, eine Anzahl wissenschaftlicher Abhandlungen über Wesen, Ziele und Erfolge.

Vor allem aus sollten wir diese Frage nicht aus einer momentanen Situation heraus betrachten, sondern müssen eine größere Spanne Zeit überblicken, um zu einer richtigen Würdigung zu gelangen. Da zeigt sich denn als äußeres Bild, daß die finanziellen Ergebnisse unserer Industrien einen bedeutenden Wechsel aufweisen, recht beträchtlichen Schwankungen unterliegen. Es sind große Wellenlinien unregelmäßiger Art. Auf die Ursachen solcher Schwankungen habe ich bereits kurz hingewiesen, und ich komme darauf noch zurück. Aus diesen Schwankungen ergibt sich aber — und dies wird von der Erfahrung bestätigt — daß auch die Gewinnanteile, die auf den einzelnen Arbeiter entfallen, außerordentlich schwankend und verschieden sind. Gleich tüchtige Arbeiter verschiedener Unternehmungen erhalten ganz ungleiche Anteile. Der gleiche Arbeiter erhält im Laufe der Jahre ganz verschiedene Summen. Sinken diese Beträge, so findet er dies ungerecht und betont, daß er doch genau gleich gearbeitet, gleich viel geleistet habe wie früher und daher nicht verstehen könne, daß er nun weniger erhalte. Damit aber geht der Anreiz für den Arbeiter verloren und macht eine Enttäuschung, wenn nicht einem Gefühl erlittener Unrechtes Platz. Darin liegt aber gleichzeitig ein richtiges Gefühl des Arbeiters dafür, daß er eben mit seiner Arbeit zu dem schwankenden Ergebnis im Grunde genommen nicht oder jedenfalls nicht wesentlich beitrage. Der Arbeiter fühlt sich nicht verantwortlich für einen ungünstigen Geschäftsgang und will davon nicht betrof-

fen werden. Er will an der Konjunktur nicht beteiligt sein; er will vielmehr ein sicheres Auskommen, einen möglichst festen gesicherten Lohn, und diesen findet er vor allem beim Akkordsystem, das Lohn und Leistung in eine einfache klare Beziehung zueinander bringt. Der Arbeiter neigt auch leicht zum Verdacht, daß sein Lohn von der Gewinnbeteiligung beeinflusst werden könnte, daß eine zu erwartende Beteiligung auf das Lohnniveau zurückwirke. Er findet im weitern, daß die Gewinnbeteiligung ihn ungebührlich an das Geschäft fehle, seine Freiheit hemme. Das ist ja derselbe Vorwurf, der auch der Wohnungspolitik der Industrie, auch der Bestgemeinten, nicht erspart bleibt. Was die Freizügigkeit anbetrifft, so ergeben sich in der Tat Schwierigkeiten, wenn der Arbeiter seine Stelle verläßt. Er möchte, wenn er am Gewinn beteiligt ist, gewissermaßen ausgetauscht werden, und umgekehrt hätte ein Neueintretender sich einzukaufen. Dies erhellt wohl deutlich, zu welchen Konsequenzen die Sache führt.

Nun wird aber auch der Gewinnanteil, der auf den einzelnen Arbeiter entfällt, meist weit überschätzt. Ohne Zweifel gibt es einzelne Beispiele, wo die Anteile verhältnismäßig hoch ausfallen würden, ganz besonders in Industrien, in denen das Verhältnis der Arbeiterzahl zum Umfange des Geschäftes ein relativ kleines ist. Aber gerade darin liegt wiederum eine große Ungleichheit und die Unmöglichkeit, irgend eine einheitliche Norm aufzustellen.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel zeigen, aus dem sich dann auch einige Betrachtungen allgemeiner Natur ergeben werden. Der Einfachheit halber wähle ich zwei Transportunternehmungen, die eine mit Dampf, die andere elektrisch betrieben, in der Gegenwart. Während früher beide Bahnen in gleichem Maße ihrer Bestimmung zueingeweiht, ist heute die Dampfbahn infolge der Kohlenpreise in eine schwierige Lage geraten. Sie erhöht ihre Tarife, aber entdeckt dabei, daß diese Steigerung in der Belastung der Volkswirtschaft ihre Grenze hat. Der Verkehr der Dampfbahn geht zurück; sie ist selbst genötigt, ihn aus Mangel an Kohlen einzuschränken. Sie muß aber ihr Personal erhalten und sollte überdies daran denken können, sich raschmöglichst auf elektrischen Betrieb einzurichten, um es ihrer Konkurrentin wieder gleichzutun. Aber ihre Dampflokomotiven sind noch zu erhalten und keineswegs abgeschriebe. Ihre Reserven genügen hiezu nicht, und noch weniger reichen sie zur Finanzierung der Elektrifikation aus. Sie werden überdies sukzessive aufgezehrt durch Auszahlung von Löhnen, denen keine volle Leistung gegenübersteht. So ist die Gesellschaft gezwungen, sich an den Geldmarkt zu wenden, um sich die erforderlichen Mittel zu verschaffen. Mit schweren Opfern muß sie ihren Umbau vornehmen, und es wird langer Jahre bedürfen, bis sie sich wieder der Prosperität erfreut. Demgegenüber hat die elektrische Linie ihren Betrieb ungehindert aufrechtzuerhalten, ja zu steigern vermocht. Vielleicht ist sogar ein Teil des früheren Verkehrs ihrer Konkurrentin auf sie übergegangen. Ihre Erträge sind stets gute geblieben, ja durch die intensivere Betriebsweise erhöht worden.

Und nun stelle man sich vor, daß diese beiden Gesellschaften die Gewinnbeteiligung für ihr Personal eingeführt hätten. Da würde die elektrische Bahn steigende Gewinnanteile auszahlen, während bei der Dampfbahn nichts abfiel. Und denke man sich in die Seele eines im Dienste ergrauten Lokomotivführers der Dampfbahn hinein, der vielleicht jahrzehntelang dem Unternehmen treu gedient hat und der nun mit bitteren Gefühlen zusieht, wie sein jüngerer Kollege bei der elektrischen — der ohnehin einen viel weniger anstrengenden Posten hat, der nicht in Ruß und Hitze bei Wind und Wetter im offenen Führerstand steht — seinen Gewinnanteil erhalten soll. Ich glaube, weder der Alte, noch der Junge würden das als recht, als sozial empfinden. Ich glaube, beide würden sich hier solidarisch fühlen. Beide würden aber wahrscheinlich zusammen verschiedene Betrachtungen anstellen, und wir wollen versuchen, ihnen darin zu folgen.

Die erste Betrachtung ginge vielleicht dahin, daß die Verwaltung der Dampfbahn es nicht verstanden habe, die Zeichen der Zeit rechtzeitig zu erkennen.

Sie hätte schon früher ihren Umbau vorbereiten, schon früher ihre Dampflokomotiven abschreiben sollen, trotzdem sich diese noch in vortrefflichem Zustande befanden. Das löst auch unsererseits Betrachtungen aus über die Art und Weise, wie solche Reserven oft in kurzfristiger Weise von unseren Steuerverwaltungen und nicht selten auch von der öffentlichen Meinung als viel zu weitgehend, als unzulässig bezeichnet werden, während sie Notwendigkeiten sind, die eine weitläufige Geschäftsführung rechtzeitig erkennen und vorkehren muß. Die großen Wellenlinien des wirtschaftlichen Lebens müssen durch große Reserven ausgeglichen werden.

Eine weitere Betrachtung drängt sich auf: Die Dampfbahn erliegt hier einer Konjunktur, dem erhöhten Kohlenpreis. In der Exportindustrie gibt es noch ganz andere Konjunkturen als nur diese. Es sind alle die Ungewissheiten, die mit dem Bezug unserer Rohstoffe, mit dem Vertrieb unserer Fabrikate, mit Valutaschwankungen, Entwertungen unserer Bestände, Transportkrisen, Kreditverhältnissen und noch viel anderen Dingen verbunden sind. Die Konjunktur ist eben das Ungewisse, und dieses Ungewisse ist heute größer als je. Gerade deshalb dürfen wir es gar nicht verantworten, den Arbeiter am Ertrag der Unternehmung direkt zu beteiligen und ihn von allen diesen Wechselfällen abhängig zu machen. Um den Wechselfällen der Konjunktur nach Möglichkeit zu begegnen, dazu bedarf es einer weitläufigen, starken, mit Vollmachten, aber auch mit Verantwortlichkeiten ausgestatteten Geschäftsleitung. Und um die Wechselfälle der Konjunktur zu ertragen, dafür ist das Kapital da. Das Kapital der Industrie aber steckt nicht etwa in den Geldschränken, wie da und dort geglaubt wird, sondern in den Gebäuden, Maschinen und Anlagen, in den Materialien und Borräten, in den Risiken der Unternehmung. Geht es diesem Kapital gut, so wird es von vielen beneidet. Geht es ihm schlecht, so wird es von niemand bedauert. Aber die Frage von Kapital und Arbeit, die eine Frage ist, an der keiner von uns vorübergehen kann, wird sicherlich nicht gelöst auf dem Boden der Gewinnbeteiligung der Arbeiter.

Kehren wir noch einmal zurück zu unsern beiden Bahnen. Zeigt uns nicht dieses Beispiel auch die Bedeutung der Fortschritte auf dem Gebiete der Technik, die auf dem Boden des freien Wettbewerbes in der Industrie, mit großen Opfern, nach langjährigen Studien und Versuchen erreicht wurden und die nun berufen sind, der Allgemeinheit große Dienste zu leisten? Zeigt uns das Beispiel nicht überhaupt den Zusammenhang zwischen Technik und Wirtschaft, zwischen Technik und sozialem Leben? Bei der Dampfbahn Rückgang von Handel und Verkehr, bei der elektrischen Anlage Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Hat hier nicht der freie Wettbewerb unter der so verpönten liberalen Wirtschaftsordnung Dinge geschaffen, die nach jeder Richtung Fortschritte bedeuten, so z. B. auch in hygienischer Beziehung? Und haben nicht diejenigen, die das schaffen, Anspruch auf einen besonderen Anteil am Erfolg, nachdem sie all die Arbeit geleistet haben, die die Entwicklung eines großen Problems erfordert, auf die Gefahr hin, daß ihre Bemühungen vielleicht nicht zum Ziele führen?

Herr Nationalrat Feigenwinter hat kürzlich eine Schrift über die Gewinnbeteiligung geschrieben, in der er mit großer Wärme dafür eingetreten ist, und der Industrie den Vorwurf nicht ersparte, daß sie aus Engherzigkeit, aus Egoismus, sich ablehnend verhalte. Ich bin überzeugt, daß er aus den besten Motiven heraus geschrieben hat, im Bestreben, zur Lösung der Frage beizutragen. Aber ebenso, wie ich davon überzeugt bin, so darf er seinerseits überzeugt sein, daß keine andern Motive mich in meinen Darlegungen geleitet haben. Ich erinnere Sie daran, daß kurze Zeit nach der Verstaatlichung unserer Hauptbahnen, als unsere neuen Bundesbahnen unerwartet gute Erträge aufwiesen, seitens des Personals das Begehren auftrat, die Ueberschüsse unter die Beamten und Arbeiter zu verteilen, da ihrer Tätigkeit diese Mehreinnahmen vorwiegend zu verdanken seien. Das Schweizervolk hat damals diese Auffassung nicht geteilt und dem Begehren keine Folge gegeben. Dafür hat es in schweren Zeiten seinen Dienern die Treue bewahrt.

Dieser Hinweis ist zugleich wiederum ein Beitrag zur Beantwortung der Frage nach der inneren Begründung der Gewinnbeteiligung. Diese innere Begründung hängt eben von der Art und dem Maße der Tätigkeit des Einzelnen im Verhältnis zum Ganzen ab. Sie liegt viel eher vor auf dem Gebiete der geistigen Mitarbeit, als auf dem Gebiete der Handarbeit. Aber auch hier muß sich die Stala wieder nach den Verhältnissen des einzelnen Falles richten. Und selbst hier sind Fälle genug bekannt, wo die Bedachten nach wenigen Jahren selbst die Gewinnbeteiligung abgelehnt und feste Bezüge einem schwankenden Einkommen vorgezogen haben.

Die Anhänger der Gewinnbeteiligung haben in ihrer kürzlichen erneuten Propaganda die logische Konsequenz so weit gezogen, daß nicht nur die Privatindustrie, sondern auch die gewinnbringenden Betriebe des Staates und der Gemeinden die Gewinnbeteiligung einführen müßten, so z. B. die Gaswerke. Es ist klar, daß in diesem Falle den beteiligten Arbeitern auch ein Mitspracherecht bei der Festsetzung des Gaspreises einzuräumen wäre. Jedenfalls würden sie dies verlangen. Wer sich auch nur einigermaßen die Konsequenzen überlegt und dabei berücksichtigt, daß hier noch ganz andere Momente als der rein wirtschaftliche Gesichtspunkt mitspielen, wird jedenfalls die Weiter unserer städtischen Gemeinwesen nicht beneiden, wenn ihnen derartige Schritte zugemutet werden.

Wie in jeder Sache gibt es Ausnahmefälle, wo die Gewinnbeteiligung sich auf die Dauer bewährt hat, und zwar aus Ursachen, die eben gerade in diesen Ausnahmen selbst begründet liegen; aber diese Ausnahmen bestätigen ihrerseits wiederum nur die Regel. Tatsache ist, daß zahlreiche Gewerkschaften selbst die Gewinnbeteiligung der Arbeiter direkt abgelehnt, sie als Friedensspillen, als Versuch mit untauglichen Mitteln bezeichnet haben.

Wenn es eine Form der Unternehmung gibt, die direkt geschaffen erscheint, die Forderung der Gewinnbeteiligung zu verwirklichen, so ist es diejenige der Produktgenossenschaften. Warum wird nicht auf diesem Boden die Lösung gesucht? Ich will auf die Gründe nicht näher eintreten, aber ich möchte hervorheben, daß das doch eigentlich der Boden wäre, auf dem die Anhänger der Gewinnbeteiligungstheorie zeigen könnten, ob sie selbst imstande sind, diese Theorie in die Praxis umzusetzen.